

## INFORMATION

zur Pressekonferenz

mit

**Landesrat Rudi Anschober**

**DI Dalibor Strasky,**  
Antiatom-Beauftragter des Landes OÖ

10. Februar 2017

zum Thema

**Atomindustrie im Niedergang? Tschechien vor der  
Entscheidung?  
Bankrotte Konzerne, staatliche Rettungsaktionen & keine  
Lösung für die Endlagersuche, trotzdem hält die cz.  
Atomlobby am Ausbau fest – ein aktuelles Bild**

### Impressum

Medieninhaber & Herausgeber:  
Amt der Oö. Landesregierung  
Direktion Präsidium  
Abteilung Presse  
Landhausplatz 1 • 4021 Linz

Tel.: (+43 732) 77 20-114 12  
Fax: (+43 732) 77 20-21 15 88  
landeskorrespondenz@ooe.gv.at  
www.land-oberoesterreich.gv.at

DVR: 0069264

## **Atomindustrie im Niedergang? Tschechien vor der Entscheidung?**

### **Bankrotte Konzerne, staatliche Rettungsaktionen & keine Lösung für die Endlagersuche, trotzdem hält die cz. Atomlobby am Ausbau fest – ein aktuelles Bild**

Kurz vor den tschechischen Neuwahlen im Herbst macht die tschechische Politik einen neuen Anlauf für den Bau neuer Atomkraftwerke. Heute werden die Verhandlungsgespräche mit möglichen Anbietern für das Errichten der AKW abgeschlossen. Dabei versucht die tschechische Politik die Quadratur des Kreises: sie will neue Atomkraftwerke, schließt die Zahlung von Subventionen aus und bestätigt selbst, dass die Atomenergie unwirtschaftlich ist. Der neue Zaubertrick soll die Aufteilung des tschechischen Atomkonzerns sein. Umwelt-Landesrat Rudi Anschober will den Druck auf die EU verstärken - durch die Allianz der Regionen für einen gesamteuropäischen Atomausstieg - damit Subventionen verboten und echte Haftungen verwirklicht werden. Gelingt dies, dann bleibt der neue tschechische Atomanlauf ein Vorwahlgeplänkel.

#### **Aktueller Stand der tschechischen AKW-Ausbaupläne**

Die Vorbereitung des Ausbaus der tschechischen Atomkraftwerke nimmt eine nächste Runde. Ende Jänner 2017 starteten im Industrieministerium die ersten Gespräche mit den ausländischen Interessenten für den Bau neuer Atomblöcke mit einem geschätzten Auftragsvolumen von 12 Mrd. Euro. Diese sollen heute, Freitag, 10. Februar beendet werden.

Die tschechische Regierung sprach insgesamt neun Firmen an, sechs davon haben Unterlagen eingereicht: die russische Gesellschaft Rosatom, die französische EdF, die amerikanisch - japanische Westinghouse Electric Company, die südkoreanische KHNP, die chinesische China

General Nuclear Power und das gemeinsame Projekt von Areva und Mitsubishi Atmea.

Fest steht für die Regierung: Der Staat wird vermutlich noch im Mai 2017 bei der Europäischen Kommission um die sog. Sektorausnahme ansuchen, damit die Vergabe des Projekts ohne öffentliche Ausschreibung, ähnlich wie in Ungarn, erfolgen kann. Damit soll die Wiederholung des vergangenen Fiaskos aus dem Auswahlverfahren für den Temelin - Ausbau vermieden werden. Damals, im April 2014 gab die Regierung bekannt, keine Staatsgarantie für den Ausbau von Temelin zu übernehmen. CEZ hat daraufhin das Auswahlverfahren zum Temelin-Ausbau aufgelöst.

Lt. Kommentatoren geht es in Tschechien jetzt weniger darum, die Finanzierung und Mitwirkung über Staatssubventionen zu fixieren, sondern vielmehr darum, das Vertrauen der interessierten Betreiber und Lieferanten nicht zu erschüttern, den Ausbau der Atomkraft also als langfristiges Staatsziel darzustellen.

Eine eindeutige Priorität beim Bau neuer Atomblöcke in Tschechien wird nun dem Standort Dukovany gegeben, lt. Industrieminister Jan Mladek. Allerdings werde auch weiterhin an einer Variante für den Ausbau in Temelin gearbeitet.

### **Projekt-Start Dukovany rückt in immer weitere Ferne**

Aufgrund der befürchteten Laufzeitverlängerung um 20 Jahre und des definitiven Laufzeitendes der vier Reaktoren im AKW Dukovany dann zwischen 2035 und 2037, war das Ziel der Regierung, den neuen Block spätestens 2035 ans Netz zu nehmen. Aktuell gesteht das zuständige

Regierungsteam ein, frühestens 2039 starten zu können. Also schon vier Jahre Verspätung - und unter Expert/innen wird auch diese Einschätzung noch bezweifelt.

### **AKW-Betreiber in Nöten: Versuch der Teilung des CEZ-Konzerns**

Der tschechische Stromversorger und AKW-Betreiber CEZ erwägt einem Bericht zufolge eine Aufspaltung: Die Atomsparte könnte in ein zu 100 Prozent staatliches Unternehmen umgewandelt werden, damit müsste sich das Unternehmen nicht mehr um die Interessen der Aktionäre kümmern. „Die Regierung hätte dann freie Hand beim Bau neuer Reaktorblöcke“, sagte der Analyst Petr Bartek.

ČEZ wurde schon „geteilt“, wenn es um die Vereinfachung des KKW Ausbaus in Dukovany und Temelín geht. Ende 2015 (im Handelsregister am 23. Dezember 2015 eingetragen) wurden AG Elektrárna Temelín II, a. s. und Elektrárna Dukovany II, a. s. (Kraftwerk Temelín II, AG bzw. Kraftwerk Dukovany II, AG) gegründet. Die Vollversammlung der AG ČEZ hat am 1. Oktober 2016 eine Überführung des Eigentums in diese neuen AG beschlossen (Temelín II hat Kapital von 1 822 000 000 CZK (67 Mio. Euro), Dukovany II verfügt über Kapital von 969 000 000 CZK (36 Mio. Euro)). Ziel war zu ermöglichen, die KKW Projekte sowohl mit Krediten, als auch durch eigenes Kapital nach dem Beitritt eines strategischen Investors zu finanzieren, wobei der strategische Investor auch der Staat sein könnte.

100% der Aktien in beiden AG hält ČEZ AG.

Durch die weitere Teilung für den AKW-Neubau sollen v.a. kleine Aktionäre, die Investitionen in wirtschaftlich unsinnige Projekte klagen könnten, umgangen werden.

Wegen der niedrigeren Atomstromproduktion gab im vergangenen Jahr die Energiegesellschaft CEZ um mehr als 5 Milliarden Kronen nach. Das Atomkraftwerk Temelin erzeugte im vorigen Jahr 12,1 TWh, was um fast 2 TWh weniger ist als im Jahre 2015.

Und das zweite tschechische Atomkraftwerk in Dukovany lieferte voriges Jahres ins Netz nur 11,95 TWh Strom. Im Vergleich mit dem Jahr 2015 sank seine Jahresproduktion um 5%, wobei nicht einmal das Jahr 2015 das beste war. Die Stromproduktion im vorigen Jahr in Dukovany war sogar die niedrigste in den letzten 28 Jahren.

DI Dalibor Strasky: *„Interessant daran ist, dass offenbar niemand bezweifelt, dass die Investitionen in die neuen KKW Blöcke wirtschaftlich unsinnig sind und dass die potentiellen Klagen erfolgreich wären (Klage gegen Verletzung der Verpflichtung ordentlich zu wirtschaften).“*

### **Finanzierung der neuen Blöcke: Aussagen gegen Subvention**

Gerade an der Art und Weise der Finanzierung scheitert laut Industrieminister Jan Mladek der Ständige Ausschuss für die Atomkraft in Tschechien. Ein CEZ-Sprecher dazu: „Bei der technischen Seite haben wir das Hauptwort, bei den finanziellen Fragen hat es gemäß des Aktionsplans die Regierung an sich genommen.“

Seitens CEZ bzw. der extra für den AKW-Ausbau gegründeten Tochterfirmen gilt eine Mitfinanzierung des Staates als unabdingbar, Möglichkeiten zur Mitfinanzierung gäbe es aus deren Sicht mehrere: In Ungarn ist es zum Beispiel die Form eines Staatsbetriebs, in finnische Kraftwerke treten als Miteigentümer Firmen ein, meistens große Stromabnehmer, das britische Modell gibt wieder eine Staatsgarantie für einen fixen Stromabnahmepreis.

Finanzminister Babis verneint jegliches Subventionsvorhaben für Atomkraft – im Gegensatz zum Regierungsbeauftragten für Atomkraft, Jan Stuller, der eine gewisse Form der finanziellen Beihilfe für notwendig erachtet.

Andrej Babis: „Solange ich der Finanzminister bin, werde ich keine Garantie geben und werde die Preise nicht garantieren. CEZ kann einen Kredit auf dem Markt problemlos dafür nehmen. Ich sehe keinen Grund für die Staatsbeihilfen.“

Auch Industrieminister Mladek gesteht sich ein, dass der Bau des neuen Blocks ohne aktive Unterstützung nicht gehen wird, wenngleich er es sich anders wünschte.

LR Rudi Anschober: *„Die Unwirtschaftlichkeit der Atomkraft zeigt sich in Tschechien tagtäglich, unsere Argumentation des wirtschaftlichen Hebels wirkt. Die Absage von Babis an eine Bereitstellung von Staatsbeihilfen ist für uns wichtig. Ein Atomkraftwerk ohne Staatsbeihilfe wird einfach nicht gebaut. Und umgekehrt: solange für die CEZ- Manager die Bewertung durch die eigenen Aktionäre wichtig ist, wird CEZ keinen Kredit nehmen für einen absolut unwirtschaftlichen Kraftwerksbau.“*

### **Russische Beteiligung? Reaktor neuer Generation, Finanzierung, Einfluss**

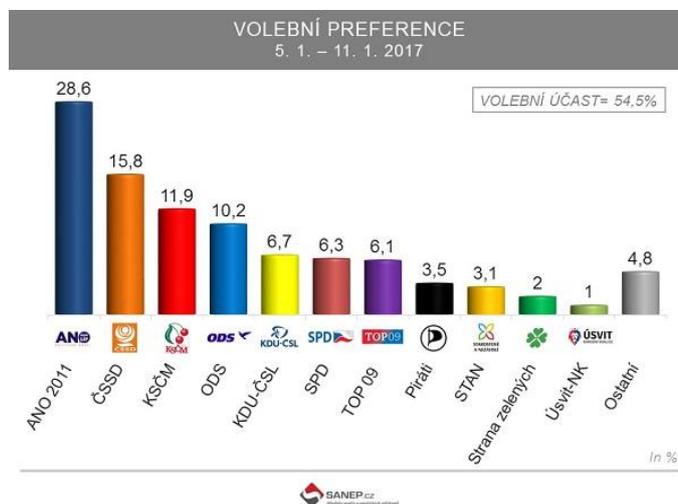
Die russische Staatsagentur bietet an, dass sie neue Blöcke in Dukovany und eventuell später auch in Temelin helfen kann zu finanzieren – wie schon beim ungarischen AKW-Projekt Paks II. Das sagte im Gespräch für die Zeitung MF DNES der erste Stellvertreter des Generaldirektors der Firma Rosatom Kirill Komarov, einer der wichtigsten Männer der russischen Atomindustrie, der zu den Verhandlungen über den tschechischen Auftrag in der vergangenen Woche nach Prag kam.

Rosatom bietet der Tschechischen Republik für den Bau des neuen Atomblocks den Reaktor der neuen Generation III+ an. Laut Komarov ist Rosatom die einzige Firma der Welt, die diesen Reaktor errichtet und bereits in Betrieb genommen hat, nämlich im russischen Atomkraftwerk Novovoronez.

Kirill Komarov sagte unter anderem, dass Rosatom das Kraftwerk in Tschechien errichten, es selber besitzen und den Strom davon verkaufen könnte. „Man kann aber auch eine kombinierte Variante wählen - zum Beispiel, dass wir das Geld für den Bau teilweise leihen und teilweise investieren würden.“

## Wahlen im Herbst, mögliche Entwicklungen

Die Frage, WIE der Atomausbau finanziert werden soll, wird wohl auch Thema bei den Wahlen im Herbst sein – wird schon jetzt als Aufgabe der nächsten Regierung gehandelt. Nach derzeitigen Umfragen wird die Partei von Finanzminister Babis (ANO) einen Wahlerfolg feiern können, seit Sommer 2016 nehmen seine Werte in Trends immer mehr zu, vor den Sozialdemokraten, deren Trendkurve in absteigende Richtung zeigt, und den Kommunisten. Umfrage von Anfang/ Mitte Jänner 2017:



Aus Antiatom-Sicht würde ein Wahlsieg von Babiš wohl eine endgültige Absage an staatliche Unterstützung der Atomkraft bedeuten, obwohl er nicht dezidiert gegen Atomkraft ist, sieht er doch die Unwirtschaftlichkeit.

Neben dem Neubau-Projekt läuft in Tschechien allerdings auch die Suche nach einem Endlager-Standort schwierig ab.

### **Endlager-Suche in Tschechien – keine Lösung in Sicht**

Kürzlich scheiterte das Gesetzesvorhaben der tschechischen Regierung über die Einbindung der Gemeinden in die Endlagersuche – trotz langjähriger Vorbereitung. Eine Überarbeitung soll bis zum ersten Halbjahr 2018 gemacht werden, womit sie auch dieses Problem der nächsten Regierung überlässt.

Im vorgelegten Kompromissübereinkommen war kein Veto-Recht für die Gemeinden vorgesehen, Einwände betrafen vor allem die Einschaltung des Senats in den Entscheidungsprozess.

Die Ablehnung des Gesetzes ist ein weiterer Fehlschlag des Staates: Die geologischen Untersuchungen in den sieben potentiellen Standorten hat der Staat im Widerspruch mit der vereinbarten Vorgehensweise ohne Zustimmung der Gemeinden gestartet. Über den Start der Untersuchungen im vorigen Jahr in zwei neuen Lokalitäten Dukovany-West und Temelin-Süd wurde weder die Arbeitsgruppe für den Dialog über das Endlager noch die betroffenen Gemeinden informiert – weshalb die meisten Bürgermeister und NGOs die Arbeitsgruppe bereits vorzeitig verlassen hatten.

In einer neuen Expertengruppe wird nun erst an der gesetzlichen Grundlage gearbeitet, die Untersuchungen laufen allerdings weiter. Noch

in diesem Jahr sollen die Daten von allen potentiellen Standorten zur Verfügung stehen, im Jahr 2018 dann die Auswahl auf vier Standorte eingegrenzt werden.

Die Vermutung liegt nahe, dass die Regierung auf Zeit spielt, dass also die Auswahl auf 2-4 Standorte noch vor Abschluss der gesetzlichen Festlegung für die Mitbestimmung der Standortgemeinden erfolgen soll.

Auswirkungen auf die möglichen Standort-Gemeinden gibt es aber schon jetzt: geringeres Interesse für Wohnen und für Investitionen, Entwicklungsunsicherheit bei den Bewohner/innen, die Regionen stagnieren.

Aber es gibt auch Unterstützung für die Gemeinden: Die Pilsner Hauptmannschaft etwa stellte sich hinter die Gemeinden, die den Bau eines Atommüll-Endlagers auf ihrem Ortsgebiet ablehnen. In Südböhmen gibt es dafür sogar einen Beschluss der Kreisvertretung (Ablehnung des Endlagers in südböhmischem Gebiet) und der Hauptmann bestätigt immer, dass es keine Bemühung gibt, dies zu ändern.

Ganz anders die Region um das AKW Dukovany: Hier gibt es eine starke Lobbying-Gruppe, die sowohl für einen Ausbau als auch für die Errichtung des tschechischen Endlagers in Dukovany eintritt.

## **EU-Entscheidungen überfällig zu Haftung und staatlicher Subvention**

Neben der ungelösten Endlager-Problematik gibt es auch noch die seit jeher offene Haftungsfrage für AKW-Betreiber.

LR Rudi Anschober: *„Bereits im Frühjahr 2013 habe ich mich u.a an den Kommissionspräsidenten gewandt, um Haftungsbeschränkungen bei Atomkraftwerken als indirekte Beihilfe zu thematisieren und eine Prüfung im Verfahren zur Beihilfenkontrolle einzuleiten. Eine von mir bei JKU-Juristen beauftragte Studie kommt zum Schluss, dass die in der EU*

*vorgenommenen Haftungsbegrenzungen zugunsten der AKW –Betreiber staatliche Beihilfen darstellen und damit den Wettbewerb verfälschen.“*

Der damalige Energiekommissar Oettinger wollte nach der Katastrophe von Fukushima bereits 2013 einen Gesetzesentwurf für ein „Nukleares Haftungsregime“ vorlegen – bis dato offen. Auch im „Hinweisenden Nuklearprogramm“ PINC, welches im Frühjahr 2016 veröffentlicht wurde, wird das Thema Atomhaftung nicht mehr behandelt, ebenso wenig sind im Winterpaket zur Energieunion Vorschläge zur Harmonisierung der Haftung für Atomkraftwerke enthalten.

*LR Rudi Anschober: „AKW-Betreiber tragen das Risiko im Katastrophenfall nur zu einem geringen Teil, die Kosten des verbleibendes Risikos übernimmt der Staat und damit die Bürgerinnen und Bürger – das Verursacherprinzip greift hier nicht und Atomstrom wird so indirekt subventioniert. Es kann nicht sein, dass im Falle eines Reaktorunfalls durch diese Hochrisikotechnologie auch noch die Bürgerinnen und Bürger zur Kassa gebeten werden!“*

### **EU-Trend: Atomkonzerne in Not, Atomstaaten zweifeln**

Die Atomindustrie befindet sich immer mehr in massiven wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Gleichzeitig sind die 128 in Betrieb befindlichen AKW in der EU bereits durchschnittlich 31,4 Jahre alt. Die Folge ist, dass die teuren notwendigen Stilllegungen von alten Atomkraftwerken immer mehr verschoben werden und Laufzeitverlängerungen beantragt werden.

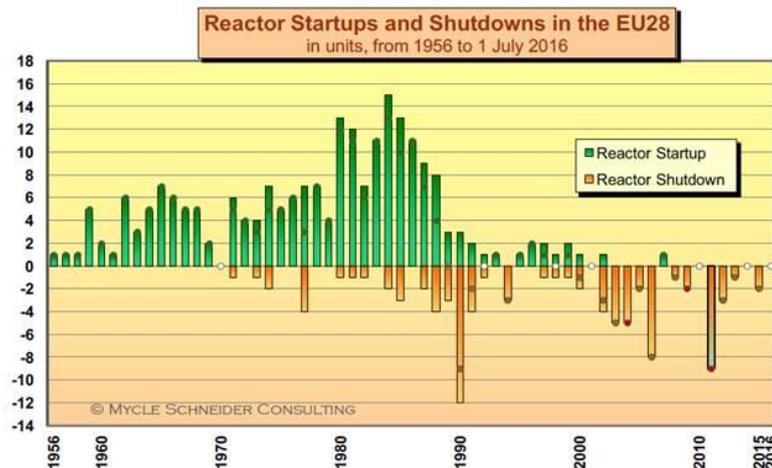
*LR Rudi Anschober: „Wir befinden uns derzeit in der größten Krise der Atomindustrie in Europa. Der Neubau ist finanziell nicht darstellbar. Trotz der Laufzeitverlängerung als letztes verzweifelt Aufbäumen der Atomlobby, deutet alles auf den schrittweisen europaweiten Atomausstieg*

hin. Eine ungeschminkte Aussage der Chefin der cz. Atomaufsichtsbehörde Drabova überrascht: Atomkraft sei knapp vor dem klinischen Tod in Europa.“

Der Trend ist eindeutig: In der EU sind heute noch 128 Meiler am Netz, das sind 50 weniger als beim historischen Höchststand 1988. Seit der Jahrtausendwende haben in der Europäischen Union nur zwei Atomkraftwerke ihren Betrieb aufgenommen, eins in der Tschechischen Republik, und eins in Rumänien, nach 34 Jahren Bauzeit.

Weltweit gingen im Jahr 2016 Reaktoren mit einer Kapazität von 9,2 GW ans Netz, im Gegensatz dazu wuchsen die Erneuerbaren um 153 GW im Jahr 2015 und um eine noch größere Menge im letzten Jahr.

Figure 44: Nuclear Reactors Startups and Shutdowns in the EU28, 1956–2016



Sources: IAEA-PRIS, MSC, July 2016

Laut aktueller Ausgabe des “economist” sind zwei Drittel aller in Bau befindlichen Reaktoren in Zeitverzug. Die beiden neuen Reaktortypen EPR (Areva/ EdF) und AP1000 (Westinghouse) – Hoffnungsträger der Nuklearindustrie – wurden an noch keinem einzigen Standort in Betrieb genommen.

Auch der langfristige Uran-Preis ist allein von Jänner bis Dezember 2016 von 44 auf nur 30 USD gefallen.

### **Energieriesen in Europa mit Downgrades an den Börsen**

Abwertungen für die europäischen Energieunternehmen, aufgrund diverser Probleme, u.a. der Nuklearkrise sind im Jahr 2016 vielfach aufgetreten, etwa bei EdF, E.on, RWE, CEZ, Vattenfall oder TVO. Die französische Areva wurde von Standard & Poor's zu BB+, also „Junk“ abgewertet, mit der Übernahme durch EdF kämpft nun auch der große französische Energiekonzern mit Schulden in der Höhe von über 40 Mrd. US-Dollar, einem höheren Risikoprofil sowie einem S&P-Downgrade an der Börse. Aber auch die weltweite Situation für Atomkonzerne ist schlecht, etwa haben sich die japanischen Unternehmen Tepco und Kansai nach der Katastrophe von Fukushima nie erholt. Die einzige Ausnahme ist die koreanische Kepco, die monopolistisch in einem regulierten Markt arbeitet.

### **EdF kann Rückbau französischer Reaktoren nicht finanzieren**

Nach eigener Schätzung von EdF sind von den Rückbaukosten für die 58 Atomreaktoren in Frankreich nur ein Drittel an Rückstellungen (nämlich 22 Mrd. Euro) abgedeckt. Wie weit Schätzung und Realität auseinander liegen können, zeigt das französische Endlagerprojekt in Bure: Die Kosten sind von geschätzten 18 Mrd. Euro auf 41 Mrd. Euro explodiert.

### **Toshiba verlässt Atomgeschäft**

Toshiba will sich offenbar aus dem Atomgeschäft zurückziehen. Vor einem Jahrzehnt übernahm Toshiba die Atomsparte des US-Konzerns Westinghouse und wurde dadurch zum Weltmarktführer im Nukleargeschäft. Ein Verlustgeschäft: Inzwischen kämpft das Unternehmen um's Überleben.

Lt. aktuellen Berichten soll Toshiba die geplante Investition in den Neubau von Atomkraftwerken in Großbritannien für "finanziell nicht mehr tragbar" halten.

**Die Brexit-Folgen für Hinkley Point C**

Auch kürzlich erst bekannt geworden: Durch den Brexit könnte das bekannteste britische AKW-Projekt Hinkley Point C mit dem französischen Betreiber EDF stark verzögert sein bzw. ganz scheitern. Durch den Ausstieg aus dem Euratom-Vertrag müssen Atom-Abkommen von Großbritannien neu verhandelt werden, weiter steigende Kosten und Verzögerungen wären die Folge.

**Polen: Atompläne liegen auf Eis**

Polens AKW-Pläne liegen derzeit auf Eis: Auch hier bestätigt sich die Unwirtschaftlichkeit der Atomkraft, lt. Energieminister Tchorzewski kommt eine staatliche Finanzierung nicht infrage, das Nuklearprogramm wurde vorerst eingestellt. Das Programm hätte die Errichtung von Reaktoren in zwei Standorten bis 2024 bzw. 2035 vorgesehen.